

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

heute wurde in Berlin eine neue Bundeskanzlerin gewählt. Erstmals wird eine Frau Bundeskanzler dieser Republik. Bereits insofern hat Angela Merkel Historisches vollbracht. Viel wichtiger als diese Tatsache wäre jedoch, dass in Deutschland ein Neustart stattfindet, dass die Wirtschaftsentwicklung stetig an Fahrt gewinnt und damit Arbeitslosigkeit mit der Folge der sozialen Belastung sämtlicher öffentlicher Haushalte reduziert wird. Freilich hätten sich die meisten hier am Rattisch einen anderen Ausgang der Wahlen gewünscht mit einem klaren Ergebnis, mit einer klaren Richtung einer neuen Bundesregierung. Insofern ist es umso wichtiger, dass diese große Koalition, mit einer großen Mehrheit im Bundestag und Bundesrat ausgestattet, die großen Reformen nicht auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner der Ideologien entscheidet, sondern an dem was Deutschland einen großen Schritt voranbringt.

Einer der wichtigsten Reformen dabei wird die sog. Föderalismusreform mit klaren Zuständigkeiten für die 3 Ebenen des Staates und damit einhergehend eine Reform der Kommunalfinanzen sein müssen. Denn momentan stehen die Kommunalfinanzen eben nicht auf einer soliden Basis, „wie es im Koalitionsvertrag“ heißt. Dabei müssen gerade wir Stadtkreise und Großstädte darauf achten, dass diese Reform nicht zu Lasten der Ballungszentren laufen wird. Es darf kein einkommenbezogenes Hebesatzrecht der Kommunen geben, da dieses zu einer deutlichen Benachteiligung der großen

Städte und zu einer Verschärfung der Wanderungsbewegungen weg von den Großstädten hin ins Umland führen würde.

Denn bereits heute ist beim städtischen Haushalt 2006/2007 keinesfalls Entwarnung angezeigt. Auch in den nächsten beiden Jahren ist ein Ausgleich des Verwaltungshaushaltes nicht möglich. Die Unterdeckung beläuft sich im Jahr 2006 auf über 15 Mio. Euro und im Jahr 2007 auf nahezu 8 Mio. Euro. D. h., auch in den nächsten 2 Jahren decken die laufenden Einnahmen nicht die laufenden Ausgaben, geschweige denn, dass wir einen Überschuss zur Finanzierung von Investitionen erwirtschaften. Dass dies in den meisten anderen Stadtkreisen ebenso ist, und wir im Verhältnis zu diesen noch bessere Zahlen aufweisen, darf uns nicht beruhigen. Die Finanzierung der Ausgaben kann daher nur über neue Schulden oder den Verkauf von Vermögenswerten erfolgen. Beides ist auf Dauer nicht gesund.

Nachdem wir, Stadtverwaltung und Gemeinderat, in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Einsparungen sowohl im sächlichen, als auch im personellen Bereich gemacht haben, ist das Einsparpotential in Heilbronn auf ein Minimum geschrumpft, was selbst die Finanzdezernentin bestätigt. Zusätzliche Effekte können wir nur erreichen, indem wir finanzielle Ressourcen der Stadt effektiver einsetzen. Hierzu benötigen wir zum einen die Unterstützung von Bund und Land, indem dort Aufgaben der Kommunen und Bürokratie abgebaut werden und zum anderen keine neuen Aufgaben ohne entsprechenden 100%igen Kostenausgleich auf die Kommunen übertragen werden. Dies muss im Grundgesetz als sog. Konnexitätsprinzip festgeschrieben werden. Zum anderen brauchen

wir selbst in der Stadt eine klare Aufgabenkritik, was können und was müssen wir uns leisten und welche Aufgaben können private besser oder zumindest gleich gut wie die öffentliche Hand erledigen. Wir müssen in allen Punkten in dem es keinen öffentlichen Auftrag gibt, das Subsidiaritätsprinzip ohne Ausnahmen einhalten. Das gilt für die Stadt genauso wie für städtische Unternehmen.

Nachdem es der Stadt gelungen ist, von 1998 bis 2005 den Schuldenstand von ehemals 142 Mio. Euro auf nunmehr 66 Mio. Euro mehr als zu halbieren, muss es bedenklich stimmen, wenn uns die Verwaltung einen Haushaltsplanentwurf vorlegt, welcher wiederum eine Zunahme der Neuverschuldung von etwa 1,8 Mio. Euro in 2 Jahren vorsieht. Gemeinsames Bestreben muss es sein, eine Neuverschuldung zu verhindern, zumal wenn auf der anderen Seite Vermögenswerte zur Tilgung der laufenden Ausgaben veräußert werden. Insofern fordern wir die Verwaltung dazu auf, darauf hinzuwirken, in den nächsten beiden Jahren den tatsächlichen Schuldenstand nicht zu erhöhen. Nachdem es bisher jeweils zu den Feststellungen der Jahresergebnisse deutliche Verbesserungen im Vergleich zum Plan gegeben hat, haben wir auch insofern die vage Hoffnung, dass es uns auch in den Jahren 06/07 gelingen mag, die Schulden wenigstens nicht steigen zu lassen.

Doch nun zur inhaltlichen Ausrichtung des Haushaltes.

In politischer Hinsicht ist die CDU-Fraktion mit der Schwerpunktsetzung des Haushaltsplanentwurfes für den Doppelhaushalt 2006/2007 zufrieden. Dem Haushaltsplan ist deutlich

zu entnehmen, dass vor allem 2 Bereiche trotz der insgesamt unzureichenden Deckung gezielt gestärkt werden sollen:

Zum einen der Vorrang für Kinder, Bildung und Erziehung für die kinderfreundliche Stadt Heilbronn in der kinderfreundlichen Region Heilbronn-Franken.

Zum anderen die Konzentration bei der Stadtentwicklung auf die Heilbronner Innenstadt mit der finanziellen Umsetzung der 2. Heilbronner Innenstadtoffensive.

Beides sind Themen, welche die CDU-Fraktion bereits seit Jahren verfolgt, sei es über Anträge zu Ganztageschulen, Ausbau der Betreuung für Kinder und Ablehnung von Sparanträgen in diesem Bereich oder sei es durch unseren Antrag zur 2. Innenstadtoffensive vom Mai diesen Jahres. Man kann sagen: Die Verwaltung hat verstanden. Insofern, dies will ich bereits zum jetzigen Zeitpunkt sagen, sind wir mit der Schwerpunktsetzung im Haushalt sehr einverstanden, so dass es sich bei unseren Anträgen lediglich um kleinere Verschiebungen und Ergänzungen handelt.

Auch so kann Kommunalpolitik funktionieren.

Wir unterstützen dabei die Investitionen in Höhe von rund 14 Mio. Euro im Schulhausbau bzw. in der baulichen Verbesserung der Schulgebäude. Der Schwerpunkt liegt hier in den Projekten zur Ganztagesbetreuung mit der Rosenaus Schule, Gerhard-Hauptmann-Schule, Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium, Theodor-Heuss-Gymnasium, und dem Technischen Schulzentrum. Wir nehmen hier den goldenen

Zügel der scheidenden Bundesregierung im IZBB-Programm an. Dies haben wir bereits mit dem Grundsatzbeschluss im vergangenen Jahr und der Bewerbung um diese Zuschüsse getan. Freilich mussten dadurch andere bereits konkret angedachte Projekte wie etwa die Sporthalle der Wartbergschule verschoben werden. Um aber dieses Projekt nicht ganz auf die lange Bank zu schieben, sondern auch in den nächsten 2 Jahren an der Planung weiterarbeiten zu können, beantragen wir hierfür eine Planungsrate von Euro 50.000,00.

Nicht gelöst werden kann auch im nächsten Doppelhaushalt die Problematik des Instandhaltungsrückstaus an unseren Schulen. Wir schieben hier eine Bugwelle von über 21 Mio. Euro vor uns her, wobei allein in der Prioritätsstufe 1 etwa 9 Mio. Euro erforderlich wären. Nur zum Hintergrund, Prioritätsstufe 1 d. h. bei sicherheitsrelevanten und hygienischen Mängeln. Während wir in den letzten beiden Jahren auf Antrag der CDU-Fraktion jeweils zusätzlich 1 Mio. Euro bereitstellen konnten, beantragen wir für die nächsten beiden Haushaltsjahre dafür konkrete Maßnahmen, welche aus dem Haushaltsplan entfallen sind, wie etwa der Hallenboden der Silcherschule, die grundlegende Sanierung der Sanitäranlagen in der Dammrealschule, sowie die Sanierung der Toiletten im Justinus-Kerner-Gymnasium und den Umbau des bestehenden Pavillons für eine Schullnutzung in der Deutschordensschule in Kirchhausen.

Außerhalb des bereits beschlossenen Ausbaus der Ganztagesbetreuung und den hierfür erforderlichen baulichen Maßnahmen wird es in Zukunft wenig Möglichkeit geben, in neue wünschenswerte Bauprojekte an Schulen einzusteigen. Vielmehr hält es die CDU-Fraktion für erforderlich, dass wir dem Bereich des

Brandschutzes, also der Sicherheit der Schülerinnen und Schüler Vorrang geben. Wir regen insofern ein Übereinkommen aller Fraktionen im Gemeinderat an, dass wir zunächst die Verwaltung beauftragen die Defizite im Brandschutz an unseren Schulen zu beseitigen, bevor in weitere wünschenswerte bauliche Maßnahmen bei Schulen investiert werden soll.

Ebenso haben wir im vergangenen Jahr eine Konzeption der Betreuungsangebote für Kinder von 0-13 Jahren im Rahmen der städtischen Jugendhilfeplanung beschlossen. Diese Konzeption war als erster Schritt sicherlich richtig und wichtig. In den nächsten Jahren werden wir dieses Betreuungsangebot schrittweise ausbauen. In diesem Zusammenhang ist die Herstellung der Schulreife der Kinder im Kindergarten eine wichtige Aufgabe. Kindergärten werden mehr und mehr vom reinen Aufbewahrungsort zum Ort der pädagogischen Förderung.

Entscheidendes Kriterium für die Schulreife ist dabei die Sprachreife. Allgemein anerkannt ist, dass diese bei vielen Kindern, und dabei muss es sich noch nicht einmal um Kinder mit Migrationshintergrund handeln, nicht mehr in ausreichendem Maße gegeben ist. Eine Verstärkung unserer Bemühungen in der Sprachförderung bildet deshalb eine unabdingbare Voraussetzung für die Ausbildungsfähigkeit unserer Kinder und damit ihre spätere Chance am Arbeitsmarkt. Dies sind also Investitionen nicht nur in die Zukunft der Kinder, sondern vor allem auch in die Zukunft unserer Gesellschaft.

Insofern ist es auch besonders erfreulich, wenn sich das Land mit dem neuen Ministerpräsidenten Günther Oettinger das Kinderland Baden-Württemberg zum Ziel gemacht hat. Wir haben uns bereits die Kinderstadt Heilbronn zum Ziel gemacht. Wie die CDU-Fraktion in Heilbronn bereits seit mehreren Jahren, hat auch das Land die Notwendigkeit einer Verstärkung unserer Bemühungen und Investitionen in der Betreuung und Bildung verstanden. So wurde für ein Konzept „schulreifes Kind“ 45 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Gedacht ist an eine verbindliche Förderung von mehreren Stunden pro Woche im letzten Kindergartenjahr.

Freilich werden wir nicht alles von heute auf morgen umsetzen können. Aber wir sind einen großen Schritt weiter, da sich die Erkenntnis allgemein durchgesetzt hat und wir nun in die Umsetzung gehen. Deshalb fordern wir die Verwaltung auf, sich beim Land für die Projekte zu bewerben.

Mehr als richtig ist auch die Forderung des Landes nach dem verpflichtenden Kindergartenbesuch, ob nur im letzten Jahr vor Einschulung, oder auch darüber hinaus. Wenn wir aber die Wichtigkeit des Kindergartenbesuches allgemein anerkennen und diese als wichtige Vorstufe zur Schule ansehen, dann ist die Frage nach den Kindergartengebühren berechtigt. Erfreulicherweise hat die Verwaltung bereits dieses Jahr auf ihren Antrag zur Erhöhung der Kindergartengebühren verzichtet. Wir hätten diesem auch nicht zugestimmt. Vielmehr müssen wir alle darüber nachdenken, den Kindergartenbesuch langfristig gebührenfrei zu gestalten. Denn wenn dieser verpflichtend sein soll und wenn dieser eine Vorstufe zur Einschulung ist, dann gilt hierfür das gleiche Prinzip wie für die

Schulen. Ich gestehe zu, dass wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei dieser Haushaltslage noch keine Möglichkeit haben, den Ausfall der Kindergartengebühren zu kompensieren. Es wird jedoch die langfristige Entwicklung sein, dessen bin ich mir sicher, auch den Kindergarten gebührenfrei zu stellen und diesen über die allgemeinen Steuern und damit durch alle Gesellschaftsschichten zu finanzieren. Hier wäre es schön, wenn Heilbronn sich an die Spitze einer derartigen Bewegung stellen würde und nicht ans Ende.

Heilbronn will sich als Kinderstadt profilieren. Hierzu gehört neben den harten Fakten auch das Marketing. Wir wollen deshalb mit einer Ausfallbürgschaft die Pläne des Deutschen Kinderhilfswerkes zum ersten bundesweiten Kinderkongress in Heilbronn unterstützen. Damit können wir unmittelbar an die Aktionen der UNICEF Kinderstadt, welche ebenfalls auf die Initiative unseres Kollegen Thomas Aurich zurückgehen, mit dem Kinderkongress des Deutschen Kinderhilfswerkes anschließen und bundesweit Aufmerksamkeit erzielen.

Auch bleiben wir unserer bisherigen Haltung treu, dass wir keine Einsparungen im Bereich von Kinder, Jugendlichen und Schule mittragen. Dies bedeutet auch, dass wir dem neuerlichen Kürzungsvorschlag bei den Lernmitteln nicht zustimmen werden, sondern beantragen werden, die Lernmittel auf dem Niveau der vergangenen Jahre zu belassen.

Doch nun zum 2. Schwerpunkt: der Heilbronner Innenstadt:

Die 2. Innenstadtoffensive wurde mit dem Antrag der CDU vom Mai diesen Jahres angestoßen. Wesentlicher Inhalt darin war die Schaffung freier Finanzmittel für weitere Investitionen in die Innenstadt. Die Verwaltung nimmt diesen Antrag auf und investiert Verkaufserlöse aus dem Landerer Gelände, welche wir 2006 erwarten, im Bereich der Kernstadt zur weiteren Aufwertung.

Nachdem bereits viele Investitionen in die Innenstadt geflossen sind, muss der Schwerpunkt unserer Bemühungen in allernächster Zeit auf dem Klosterhofareal liegen.

Erfreulich ist insofern, dass der Förderrahmen im Sanierungsgebiet Klosterhof, insbesondere durch Finanzhilfen des Landes, inzwischen auf über 6,5 Mio. Euro aufgestockt werden konnte. Allerdings, und dies möchte ich auch klarstellen, sollte es nicht so sein, dass dieser Förderrahmen ausschließlich für private Investoren zur Verfügung steht. Vielmehr sollten wir alle darauf bedacht sein, diesen Förderrahmen, wenn möglich, auch für städtische bzw. öffentliche Zwecke zu verwenden.

Der Vorschlag der CDU-Fraktion auf dem Klosterhofareal eine Ausstellungshalle für museale Zwecke zu errichten wird nach wie vor aufrecht erhalten. Wir wollen dabei die Interessen der Stadt im Klosterhofareal mit den Interessen an einer überregionalen Entwicklung der Heilbronner Museumslandschaft verknüpfen. In anderen Städten wird dies eindrucksvoll vorgemacht. Nun sind wir nicht München mit den 5 Höfen. Doch gute Ideen in etwas kleinerer Ausführung können wir uns dort durchaus holen. Und wenn wir

bedenken, dass unmittelbar im Klosterhofareal auch eine große Baden-Württembergische Bank ihren Sitz hat, zu welcher die Stadt und der Oberbürgermeister traditionell gute Beziehungen haben, so muss die Frage erlaubt sein, ob hier nicht eine besondere Form der kulturellen und städtebaulichen privat-public-partnership möglich ist.

Andere Überlegungen hinsichtlich einer Ausstellungshalle, welche auf dem Papier attraktiv aussehen, werden die Stärkung der städtischen Museen auf den St.Nimmerleinstag verschieben. Vielleicht ist ja auch gerade dies die Strategie die dahintersteht.

Also: Die Innenstadt bleibt im Focus der CDU und der Stadt.

Zur Zukunftssicherung der Stadt gehört es auch, die Ansiedlung junger Familien in Heilbronn zu ermöglichen. Hier stehen wir eindeutig in einer Wettbewerbssituation zu den Umlandgemeinden. Die Ansiedlung ist auch dringend erforderlich, um langfristig unsere Infrastruktur aufrechterhalten zu können, eine Überalterung der Bevölkerung zu verhindern und auch die Finanzkraft der Stadt, d. h. Steuereinnahmen halten zu können.

Erfreulicherweise ist auch festzustellen, dass etwa seit 2001 der Wanderungssaldo Stadt-Landkreis positiv zugunsten des Stadtkreises ist, wenn auch nur in geringem Umfang. Dies mag daran liegen, dass die Grundstückpreise im Landkreis deutlich angestiegen sind, während sie in Heilbronn stagniert sind bis rückläufig waren. Wir haben also in gewissen Stadtteilen ein ähnliches Baulandpreisniveau wie im Landkreis. Dies trifft insbesondere auf unsere westlichen

Stadtteile zu. Schon allein aus diesem Grunde beantragt die CDU-Fraktion den Bebauungsplan in Sontheim Klingenäcker nunmehr endlich zu beschließen, die Erschließung des Baugebietes Frankenbach Maihalde II von 2007 auf das Jahr 2006 vorzuziehen und gleichzeitig bereits jetzt, abweichend vom bisherigen Prioritätenkatalog in den Stadtteilen Kirchhausen und Biberach neue Baugebiete auszuweisen und zu erschließen. Denn vor allem in den letzten beiden genannten Stadtteilen sind die Grundstückspreise und die Attraktivität des Wohnumfeldes heute schon konkurrenzfähig. Das Wohnbauförderprogramm für junge Familien, welches auch in den nächsten beiden Jahren fortläuft, unterstützt diese Entwicklung.

Eine Großbaustelle bildet zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch das Krankenhauswesen in Heilbronn und der Region. Es geht dabei um die zukünftige strukturelle, medizinische und finanzielle Ausrichtung der SLK-Klinik GmbH und darüber hinaus. Am 31.12.2005 endet die Zeit der doppelten Buchführung in den SLK-Kliniken, d. h. die Zeit indem Stadt und Landkreis jeweils nur für ihre ehemaligen Häuser finanziell in Verantwortung genommen werden. Ab nächstes Jahr heißt es „wohl und wehe“ gemeinsam zu teilen. Erfreulich ist es dabei, dass das Haus am Gesundbrunnen wohl dieses Jahr erstmals eine schwarze Null erreichen wird, d. h. dass es kein ausgleichspflichtiges Defizit gibt.

Auch haben wir, d. h. die Stadt Heilbronn unsere Verpflichtungen aus dem Fusionssvertrag erfüllt. Am Klinikum am Gesundbrunnen wird gegenwärtig die modernste Kinderklinik in Baden-Württemberg gebaut. Die Stadt leistet hierzu auf Antrag der CDU einen erheblichen

finanziellen Anteil. Die Zusagen des Landkreises zur Investition stehen bisher noch aus. Hier erwarten wir eine Klärung bis Jahresende.

Von entscheidender Bedeutung aber für die Zukunft der Krankenhausversorgung in der Region wird das sog. Strukturgutachten und dessen Umsetzung sein. Ziel muss es dabei sein, eine medizinisch hochwertige Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und auf Dauer in wirtschaftlicher Hinsicht ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. Denn nur unter diesen Voraussetzungen wird es möglich sein, die Krankenhausversorgung in Heilbronn auf Dauer in öffentlicher Trägerschaft zu halten. Nochmals: Die CDU-Fraktion will die SLK-Kliniken auf Dauer in öffentlicher, d. h. städtischer und kommunaler Trägerschaft halten und den Versorgungsauftrag erfüllen. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn wir auch auf Dauer wirtschaftlich erfolgreich arbeiten. Denn weder Stadt, noch Landkreis und seine Kommunen werden es sich leisten können, Defizite auszugleichen. Deshalb sollten bei der Umsetzung des Strukturgutachtens ausschließlich medizinische und wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund stehen. Auch gibt es aufgrund anderer Entwicklungen in der Region neue Kooperationsmöglichkeiten und Chancen. Wir unterstützen ausdrücklich die Bemühungen und Verhandlungen um eine Kooperation bzw. Holding-Lösung mit den Kliniken des Hohenlohekreises. Dieses kann die SLK auf eine breitere Basis stellen.

Abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen und Ihnen, Herr Oberbürgermeister Himmelsbach, sowie ihren Mitarbeitern zum Zuschlag der Bundesgartenschau 2019 zu gratulieren. Nicht die Bundesgartenschau selbst, aber die Entwicklung der Bahnkonversionsfläche wird die Zukunftschance für Heilbronn in den nächsten 2 Jahrzehnten sein. Dabei, dies möchte ich ausdrücklich nochmals betonen, steht die Bundesgartenschau als Zielpunkt für eine schnellere Entwicklung dieser Stadtumbaumaßnahmen, welche wir sowieso so oder in ähnlicher Form hätten machen müssen.

Es handelt sich hier auch nicht um Prestigeobjekte oder ähnliches. Vielmehr handelt es sich um eine Stadtentwicklung bei der alte Wunden der Industrialisierung und des Zweiten Weltkrieges endlich behoben werden.

Insofern ist es auch unzulässig, diese Entwicklung in irgendeiner Form gegen andere Maßnahmen etwa im sozialen oder schulischen Bereich ausspielen zu wollen. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

Wir alle sollten uns uneingeschränkt hinter die Entwicklung der Bahnkonversionsflächen respektive der Bundesgartenschau stellen. Dabei gilt, dass mit den jetzigen Planungen zur Bewerbung allenfalls ein grober Rahmen abgesteckt ist. Die Detailplanungen können jetzt erst beginnen. Auch hier wird sich noch einiges, etwa auch was die Flächen anbelangt, im Vergleich zu den Bewerbungsunterlagen ändern. Denn schließlich steht die gesamte Maßnahme auch und gerade im Hinblick auf die flächenmäßige Ausdehnung einer möglichen Bundesgartenschau über die Konversionsflächen und

angrenzender Gebiete hinaus unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

Hier ist Heilbronn in der glücklichen Situation, dass insbesondere auch aufgrund von Anträgen von CDU und FDP seinerzeit ein stattlicher Betrag aus den ZEAG-Erlösen in ein Zukunftsinvestitionsprogramm zurückgelegt wurde. Zwar waren ursprünglich andere Maßnahmen angedacht, doch hat sich die Idee, Geld auf die hohe Kante zu legen, um der Stadt neue Zukunftschancen zu eröffnen, für richtig erwiesen. Ohne diesen Beschluss wäre die Bundesgartenschau ein Wunschtraum ohne jegliche Realisierungschance.

Die CDU-Fraktion jedenfalls steht voll und ganz hinter diesem Vorhaben. Wir haben die Bewerbung unterstützt, wir werden nunmehr auch deren Umsetzung positiv und aktiv begleiten. Wichtig ist uns dabei, die Heilbronnerinnen und Heilbronner auf diesem Wege mitzunehmen. Dies wird eine Aufgabe für uns alle und nicht nur für die Verwaltung sein.

Zum Schluss darf ich Ihnen, Frau Erste Bürgermeisterin Mergen, und Herrn Kraiß für die Vorlage des Haushaltsplanentwurfes und auch die jetzige Begleitung der Beratungen danken. Unser Dank gilt an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Heilbronn und der angeschlossenen Unternehmen für die geleistete Arbeit in den vergangenen Jahren. Wir wissen, dass die Rahmenbedingungen gegenwärtig nicht immer einfach sind. Umso mehr bedanken wir uns für den Einsatz.

Uns allen wünsche ich sachgerechte und gute Entscheidungen zum Wohle der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger.